16 / 2012 www.sabine-baetzing.de 18.05.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
diese Woche war wieder so voller Ereignisse, dass es glatt für ein ganzes Jahr reichen würde! Alles wurde jedoch überstrahlt vom fulminanten Sieg der NRW-SPD und Hannelore Kraft. Damit einher geht der Absturz von Norbert Röttgen und der CDU!
Doch was wir danach erlebten - so der Ausraster von Seehofer als auch dann am Mittwoch den brutalen Rauswurf Röttgens durch die Kanzlerin - ließ doch tief blicken: die Nerven liegen blank bei der Union!
Ich bin sehr gespannt, was da noch kommt.
Mich hatte es dagegen diese Woche umgehauen: nach 8 Wochen Bronchitis und Antibiotika hat mich das Fieber flach gelegt... und ich hab mir ein paar Tage Ruhe gegönnt! Und siehe da: es wird besser! Somit kann ich am Samstag von 11-13 Uhr die Wahlkreisbüro-Eröffnungsparty in Puderbach feiern! Freue mich, wenn ihr auch mal vorbeischaut!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Fiskalpakt – Lieber gründlich, statt in Eile !

Der Fiskalpakt kann am 25. Mai nicht vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden. Das Festhalten von Kanzlerin Merkel am vorgegebenen Zeitplan ist unverantwortlich.
Die Abgeordneten der Koalition nehmen sich selbst nicht ernst, wenn sie einem Vertrag zustimmen ohne zu wissen, ob sie deswegen in einigen Monaten gezwungen sein werden, das Grundgesetz zu ändern. Die Europäische Kommission wird wichtige Konkretisierungen des Fiskalpakts erst im Herbst vorlegen. Erst dann besteht Klarheit über möglicherweise notwendige Anpassungen unserer Verfassung.
Die Frage der parlamentarischen Beteiligungsrechte ist noch nicht geklärt. Nachdem die Koalition hier bislang jeglichen Regelungsbedarf verneint hat, scheint sie sich in dieser Frage nun zu bewegen. Um nicht vor dem Bundesverfassungsgericht wiederholt Schiffbruch zu erleiden, ist die sorgfältige Beratung eine notwendige Voraussetzung.
Der Fiskalpakt muss durch Wachstumsimpulse ergänzt werden. Dies ist nicht nur ein Gebot ökonomischer Vernunft. Auch politisch ist ein nackter Fiskalvertrag zum Scheitern verurteilt: Weder Frankreich unter Francois Hollande noch unsere Bundestagsfraktion werden das hinnehmen können. Die Kanzlerin scheint zu verdrängen, dass sie sowohl auf Frankreich als auch auf uns zugehen muss. Um den anstehenden Verhandlungen die nötige Zeit zu geben und ein starkes europäisches Signal zu setzen, ist eine enge Abstimmung der parlamentarischen Beratung des Fiskalpakts mit der französischen Assemblée National der richtige Weg.
Zudem ist schlichtweg keine Eile geboten. Der immer wieder von Vertretern der Koalition geäußerte Vorwurf, über den Fiskalpakt im Bundestag nicht am 25. Mai zu entscheiden verzögere dessen mögliches Inkrafttreten, ist eine glatte Lüge. Der Vertrag kann frühestens im Jahr 2013 geltendes Recht werden.
Zudem befassen sich die Parlamente vieler europäischer Mitgliedstaaten planmäßig erst im Herbst mit ihm.

Gesundheit

Pflege – Pflegekräfte brauchen bessere Bedingungen!

Pflegende vermissen die klare politische Unterstützung der Bundesregierung. Pflegende hatten große Hoffnungen in das "Jahr der Pflege" gesetzt.
Außer dem Ministerwechsel im FDP-geführten Bundesgesundheitsministerium von Phillip Rösler zu Daniel Bahr kam schon im vergangenen Jahr nichts für die Beschäftigten in der Pflege heraus. Noch immer warten die Pflegekräfte auf bessere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit.
Statt Lösungen für die enormen Pflegeherausforderungen in unserer Gesellschaft zu geben, will sich diese Bundesregierung nur bis zum nächsten Wahltag retten und überlasst ihrer Nachfolgerregierung den Haufen unerledigter Aufgaben. Die Bundesregierung ist dringend aufgerufen, Pflege und andere gesundheitsbezogene Berufe als Berufswahl nachhaltig attraktiv zu machen. Sonst verlassen immer mehr Pflegekräfte diesen anspruchsvollen Beruf enttäuscht und ausgebrannt. Dafür müssen aber die Arbeitsbedingungen, die Aus- und Weiterbildung, die schnellere Prüfung und Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und vor allem die Vergütung der Pflege- und Gesundheitsfachkräfte verbessert werden.
Damit erhalten diese Berufe eine gesellschaftliche Aufwertung und werden insgesamt attraktiver. Für Frauen und für Männer. Nötig sind auch bessere Kooperationen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Diese sind besonders für Frauen im Gesundheitssystem ein Garant für familienfreundlichere Arbeitszeiten oder bessere Weiterbildung.
Die Potentiale, Kompetenzen und Fähigkeiten der Pflege bleiben im starren Rollengefüge so mancher Einrichtung ungenutzt. Das frustriert die Pflegenden. Schließlich haben sie den meisten Kontakt zu den Pflegebedürftigen. Pflegende wollen im Interesse der Patientinnen und Patienten gute Pflege auf Augenhöhe. Sie wollen aber auch gute Arbeit für sich selbst.
Hier ist die Politik herausgefordert.

Sabines Woche Infoservice

Senioren

Altern in Deutschland – Die Regierung gibt keine Antwort!

Die Bundesregierung hatte kürzlich den sechsten Altenbericht vorgelegt. Unsere Bundestagsfraktion stellte einen Antrag mit dem Titel „Potentiale des Alters und des Alterns stärken“. Zu Recht fordert die Kommission des Altenberichts eine neue Kultur des Alters ein. In der Gesellschaft muss sich ein realistisches und differenziertes Altersbild durchsetzen, bei dem die Potenziale und Erfahrungen älterer Menschen im Mittelpunkt stehen.

Fast jeder zweite Deutsche denkt laut einer Umfrage, ab 45 Jahren gehöre man auf dem Arbeitsmarkt zum alten Eisen. Das ist alarmierend. Die Bundesregierung muss die Antidiskriminierungspolitik deshalb stärker in den Mittelpunkt rücken.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Demografie-Bericht der Bundesregierung mit keinem Wort auf dieses Thema eingeht. Die Bundesregierung bleibt Antworten schuldig, wie die Arbeitswelt altersgerecht ausgestaltet werden kann. Auch zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Bildung älterer Menschen fehlen nennenswerte Impulse der Bundesregierung.

Wir fordern eine umfassende Strategie zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, des Miteinanders der Generationen und zur besseren Wertschätzung älterer Menschen.

Finanzen

Commerzbank – Das ist echt unverschämt!

Die Vorstände der Commerzbank haben sich eine Gehaltserhöhung gegönnt. Dabei geht es nicht um ein paar Prozent, wie bei derzeitigen Tarifauseinandersetzungen. Keine Zinsen an den Staat aber Millionen für das Management: Das ist ein wirklich schlechter Stil.
Aufsichtsrat und Vorstand der Commerzbank ist offensichtlich entgangen, dass nach wie vor viele Steuermilliarden in der Bank stecken.

Geld für Bonizahlungen und Millionengehälter für das Management ist reichlich vorhanden, während sich die Bank für die Verzinsung des Steuergelds arm rechnet und durch Bilanzspielereien die Steuermilliarden nicht ausreichend verzinst.

Diese Gestaltungsmöglichkeiten für die Bank schädigen das Gemeinwesen, belasten den Bundeshaushalt und die Steuerzahler. Wir haben schon bei der Aushandlung die nach wie vor geltenden Verträge und Lücken im Restrukturierungsgesetz kritisiert.

Priorität muss nun haben, dass der Bund seine Anteile sehr schnell wieder gewinnbringend veräußert und die Commerzbank im Interesse aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler endlich auf eigenen Beinen steht.

Bonbon

„Vielleicht ist es beim Fiskalpakt wie beim Berliner Flughafen: Er wird kommen, aber keiner weiß, wann.“

(Thomas Oppermann, SPD)

Miteinander der Generationen

Demografie – Chefsache auf allen Ebenen!

Unsere Bundestagsfraktion hat einen Antrag „Individuelle Gesundheitsleistungen eindämmen“ gestellt. Damit wollen wir Patientinnen und Patienten vor dem Missbrauch von Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) schützen und die Abzocke auf dem mittlerweile mehr als 1,5 Milliarden Euro Umsatz bringenden IGeL-Markt eindämmen. Patientinnen und Patienten, die zum Arzt gehen, sollen diesen auch treffen und nicht einem Kaufmann begegnen.

Wir wollen, dass sie dort auch ohne Zeitdruck auf ärztliche Ethik vertrauen können. In der Plenardebatte hat sich gezeigt, dass die FDP es an Fürsorge für die Patienten fehlen lässt. Wie sonst ist erklärbar, dass eine FDP-Vertreterin den Besuch in der Arztpraxis mit dem Besuch eines Geschäftes zum Kauf einer Hose verglichen hat. Patienten gehen in der Regel zum Arzt, weil sie auf eine wirksame Therapie für eine Krankheit hoffen, nicht weil sie etwas kaufen wollen.
Der zunehmende Verkauf von IgeL-Leistungen ist ein großes Problem, vor allem, wenn diese nicht nur keinen patientenrelevanten Nutzen erbringen, sondern sogar gesundheitlichen Schaden anrichten. Beim IGeL-Verkauf wird häufig suggeriert, dass das System der Gesetzlichen Krankenversicherung nur eine unzureichende medizinische Versorgung biete und daher Selbstzahlerleistungen für die Gesunderhaltung notwendig seien. Gesetzlich Versicherte erhalten flugs eine privat zu zahlende Privatbehandlung.
Wir vermissen Transparenz und Aufklärung über den Sinn und Unsinn der IGeL in den Arztpraxen. Es muss Schluss damit sein, dass Medizinische Fachangestellte zu IGeL-Verkäufern werden, bevor die Patienten überhaupt das Arztzimmer betreten haben.
Das wichtige Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt leidet darunter. Wir fordern in unserem Antrag deshalb eine Trennung von Leistungen nach dem Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung und den IGeLn als Zusatzgeschäfte.
Wir wollen, dass Vertragsärzte ihre Zeit den wirklich behandlungsbedürftigen Patienten zur Verfügung stellen und nicht, wie in einigen Praxen üblich, bis zu 30 Prozent mit IGeL-Geschäften verbringen. Wir fordern verbindliche Regelungen für einen schriftlichen Behandlungsvertrag vor jeder IGeL-Behandlung, fordern eine bessere Datenlage und mehr Studien über den IGeL-Verkauf. Für uns stehen die Patienten im Mittelpunkt.

In eigener Sache

Neues Wahlkreisbüro in Puderbach wird eröffnet!

Am Samstag eröffnen wir nach dem Umzug von Dierdorf nach Puderbach nun offiziell unser neues Büro.
Ihr seid alle herzlich eingeladen, am Samstag, den 19. Mai 2012 von11.00 Uhr bis 13.00 Uhr mit uns zusammen das Büro in der Mittelstraße 17 einzuweihen.

Termine

19.05.12	**11.00 Uhr**	**Eröffnung Büro Puderbach**
	14.00 Uhr	**Gesundheitswoche in Waldbreitbach**
	18.00 Uhr	**Rassegeflügelzuchtverein Asbacher-Land**
21.05.12 – 25.05.12		**Sitzungswoche in Berlin**